

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Söppleinstraße 10 I, Stuttgart.

Inserate
pro Spaltweite 20 Wf.,
für Werbungsangehörige 10 Wf.
Printanzeigen für den Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Brv. 11

Stuttgart, den 14. März 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Ausgeschlossen entsprechend der Bestimmung des § 14 b im Statut wurde in Offenbach a. M. der Buchbinder Georg Regel aus Zinnwald (Buchnummer 15553).

2. Die Zahlstelle Ganau ist aufgehoben. Unterstützung kann dortselbst nicht mehr bezogen werden.

3. Um es den mit der Kassenerführung betrauten Funktionären zu ermöglichen, pünktlich mit Quartalsabschluss die Abrechnung an die Verbandskasse einzuliefern, ergeht an alle diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, das dringende Ersuchen, bis spätestens 31. März ihre restierenden Beiträge zu begleichen.

Die Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten sind verpflichtet, das 1. Quartal pünktlich am 31. März abzuschließen und die Abrechnungen entsprechend den Bestimmungen des § 44 im Statut an uns einzuliefern. Die überschüssigen Gelder bitten wir vor dem 1. April an die Verbandskasse einzusenden; Gelder, welche nach dem 1. April eingekommen sind, kommen erst im 2. Quartal zur Verrechnung.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Der Ausstand in Erlangen

bei der Firma Feldmann & Co. ist am Sonnabend den 7. dieses Monats perfekt geworden, an welchem Tage die Kündigungszeit der dritten Arbeiterkategorie, der Gehilfen, abgelaufen ist. Verbandsvorsitzender und Verbandskassierer, die beide gelegentlich nach Erlangen kamen, um einen gütlichen Ausgleich zu ermöglichen, war es in einer anberthaltstündigen Unterredung mit den Firmeneinhabern nicht möglich, eine friedliche Beilegung der Differenzen herbeizuführen, und so mußten unsere Kollegen und Kolleginnen zum letzten Mittel: zum Streik greifen.

Zur Beurteilung der ganzen Sachlage mögen hier einige nähere Angaben über die Verhältnisse in Erlangen und speziell über die der Firma Feldmann & Co. folgen.

Im Jahre 1900 fand in der Buchbinderei-, Portefeuille- und Kartonnagenbranche, in der in Erlangen etwa 450 Personen beschäftigt sind, eine Lohnbewegung statt. Es wurde damals zwischen den Prinzipalen und der Zahlstelle Erlangen unseres Verbandes eine Vereinbarung getroffen, dahin gehend, daß ein Minimaltarif geschaffen, sowie Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und 25 Prozent Zuschlag für Überstunden gewährt werden sollte. Der vereinbarte Minimaltarif, der, nebenbei bemerkt, meistens als Maximaltarif behandelt wird, schreibt Wochenlohn, nach Stunden berechnet, vor.

Der Firma Feldmann & Co. scheint dieser Tarif mit seinen äußerst niedrigen Lohnsätzen ein zu hoher gewesen zu sein, denn die Firma mußte im vergangenen Jahre mehrmals auf ihr Versprechen, diesen Tarif auch einzuhalten, aufmerksam gemacht

werden. Das mag auch der Grund gewesen sein, der die Firma veranlaßte, vor einigen Wochen in ihrem Betrieb, zuerst einzeln, dann in immer größerem Maßstab die Akkordarbeit einzuführen, beziehungsweise einführen zu wollen, und dies gab die Veranlassung zu den jetzigen Differenzen, beziehungsweise zum Streik.

Das Personal der Firma Feldmann & Co. ist nicht prinzipiell gegen jede Akkordarbeit, wie sich auch die beiden zu Verhandlungen herbeigeleiteten Personen der Zentralleitung nicht auf den Standpunkt der Verweigerung jeder Akkordarbeit stellten, aber wie die Verhältnisse in dieser Branche in Erlangen liegen, so ist da von vornherein infolge der ganzen Produktionsverhältnisse Akkordarbeit in größerem Maßstab vollständig ausgeschlossen. Außerdem aber erblickte man in der Einführung der Akkordarbeit — und das zweifellos mit vollem Rechte — eine Durchbrechung des 1890 vereinbarten Tarifs, durch dessen Bestimmungen über Stunden- beziehungsweise Wochenlöhne Akkordarbeit doch unbedingt unzulässig ist. Eine Werkstattversammlung beauftragte deshalb eine Kommission, bei genannter Firma in dieser Sache vorstellig zu werden, um, wenn irgend möglich, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Die beauftragte Kommission wurde vorstellig, erzielte jedoch ein vollständig negatives Resultat. Die Folge davon war, daß am 21. Februar etwa 85 Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Kündigung einreichten.

Der Zweck, die Akkordarbeit zur Einführung zu bringen, ist nach Kenntnis der Verhältnisse nur der, für weniger Lohn mehr Arbeit aus dem Arbeitspersonal herauszubringen, denn die Firma benutzte als Vorwand, daß die Akkordarbeit nur zur Kontrolle der Arbeitsleistung eingeführt werden soll, ein Vorwand, der vollständig hinfällig ist, da schon jetzt eine solche Kontrolle ausgeübt wurde, indem Arbeitsbücher vorhanden sind, worin die Nummer des Artikels und die zur Herstellung gebrauchte Zeit seitens der arbeitenden Person genau eingetragen werden mußte; eine genauere Kontrolle ist nicht gut denkbar.

Die Firma hat einen Artikel in der „Erlanger Zeitung“ veröffentlicht, in dem es unter anderem hieß: „Die Firma garantiert dem betreffenden Arbeiter als Mindestlohn (im Akkord) den von ihm zur Zeit bezogenen Lohn, so daß derselbe niemals weniger, sondern nur mehr verdienen kann.“ Wie daraus ersichtlich und uns auch bekannt ist, beabsichtigt die Firma damit eine Art Entlohnungssystem einzuführen, wie es bei der Firma Diebel in Offenbach besteht und neulich an dieser Stelle bekannt gegeben wurde. Ist das der Fall, so haben allerdings die Arbeiter und Arbeiterinnen doppelten Grund, sich gegen eines der unwürdigsten Lohnsysteme mit aller Macht und Schärfe zu wenden. Trotz der Klage der Firma über die Konkurrenz auswärtiger Fabrikate und die Lässigkeit des Arbeitspersonals, beides Umstände, die angeblich zur Einführung der Akkordarbeit drängen sollen, war es dieser, sowie auch den übrigen Geschäften gleichen Geneses im Laufe der Jahre doch sehr wohl mög-

lich, sich aus kleinen Anfängen heraus zu ansehnlichen Geschäften zu entwickeln, was um so verständlicher ist, weil die Arbeitslöhne in Erlangen für unsere Kollegen wie Kolleginnen wirklich nicht zu hohe sind, sondern mit zu den niedrigsten, wie sie sonst in unserem Berufe vorkommen, gezählt werden müssen. Nun besteht noch die Gefahr, daß diese niedrigen Wochenlöhne durch die projektierte Akkordarbeit, die noch eines der sonderbarsten Systeme darstellt, in ihrer jetzigen Höhe gefährdet werden.

Zum Schlusse noch ein Wort über die Bemühungen der Firma, „Arbeitswillige“ zu werben. In allen möglichen Zeitungen wird inseriert mit der für jeden denkenden Arbeiter vielsagenden Bemerkung: „Nichtverwandler bevorzugt“. Aber auch in Erlangen wird nichts unversucht gelassen, die Streikenden wieder abwendig zu machen, beziehungsweise andere zu werben. Ein Streikbrecher, der seit „14 Tagen“ bei der Firma beschäftigt wird, soll sich hierbei besonders auszeichnen. Letzterer betreibt Hausagitation für die Firma, verspricht den Arbeiterinnen goldene Berge, wenn sie reuig zurückkehren und für ihr „Verbrechen“, sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage gewehrt zu haben, Abbitte leisten. Erfreulicherweise ist jeder derartige Versuch bisher an der Standhaftigkeit der Arbeiterinnen gescheitert. Die Streikenden sind auf einen schweren Kampf gefaßt, blicken aber im Vertrauen auf ihre gerechte Sache getrosten Mutes in die Zukunft, sind sie doch der Überzeugung, daß kein ehrlicher Arbeiter ihnen in den Rücken fallen wird.

Internationales.

Österreich. Vom Ausstand der Wiener Leder-galanteriearbeiter ist noch immer kein Ende abzusehen. Die Aussperrung scheint eher an Ausdehnung zuzunehmen. Am 28. Februar haben abermals zwei Firmen, und zwar eine mit 23 und die andere mit 7 Arbeitern sich der Aussperrung angeschlossen, so daß jetzt im Streik stehen drei Firmen und sechzehn eine Aussperrung vorgenommen haben, insgesamt sind 173 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig. Beide Parteien stehen sich nach dem viele Wochen dauernden Streik unversöhnlich gegenüber. Wie lange noch? Die aufgehäufte Arbeit muß doch die Unternehmer bald zum Nachgeben drängen.

Der neue Lohnsatz in Göteborg, der nach so langwierigem Kampfe zur Geltung gelangte, enthält der Hauptsache nach folgende Bestimmungen: Der Wochenlohn für Gehilfen beträgt im ersten Jahre nach der Lehrzeit 18 Kr., im zweiten Jahre 20 Kr. und darauf 22 Kronen. Arbeiterinnen, die bereits ein Jahr im Gewerbe tätig waren und das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, erhalten im ersten Jahre 6 Kr. pro Woche, im zweiten 8 Kr., im dritten Jahre 10 Kr. und darauf 12 Kr.; Sittierinnen, Maschinenhefterinnen und Paginiererinnen erhalten nach dem vierten Jahre 14 Kr. pro Woche. Lehrlinge sollen, nachdem sie ein Jahr im Beruf tätig waren und das fünfzehnte Lebensjahr vollendet haben, 5 Kr. pro Woche erhalten, im zweiten Jahre 7 Kr., im dritten 10 Kr., im vierten 13 Kr. und im fünften Jahre 16 Kr.

Die Feiertage werden als Arbeitstage bezahlt, für Stückerbeiter nach dem Wochenlohn berechnet. Die Arbeitszeit beträgt 57 Stunden pro Woche; die Einteilung dieser Arbeitszeit wird nach Vereinbarung geregelt. Für Überzeitarbeit wird in den ersten zwei Stunden ein Zuschlag von 33 1/3 Prozent bezahlt, alle andere Überzeitarbeit mit 50 Prozent Zuschlag. Sofern nicht besondere Abmachungen getroffen werden, soll bei Entlassung und Austritt aus einer Stellung eine Kündigungsfrist von vierzehn Tagen innegehalten werden. Die Berechnung von Akkordarbeit soll auf Grundlage des Minimallohns erfolgen.

Uneingeschränktes Vereinigungsrecht wird jedem Arbeiter zuerkannt.

Die Literatur und die Buchhinder.*

Von J. Minor, Ordentlicher Professor der deutschen Literatur an der Universität in Wien.

Nicht nur für die Buchhändler und die Buchbinder, sondern auch für die Literaten und Gelehrten ist jener Paragraph des neuen Zolltarifs von Interesse, der die gebundenen Bücher dem Zolle unterwirft. Der Tarif selber gibt uns das Recht, uns auch unsererseits mit ihm zu beschäftigen, da er ja nicht von den Einbänden, sondern von literarischen und Kunstgegenständen handelt. Es ist hier umgekehrt wie in dem Sprichwort: hier meint man den Einband, aber die Literatur trifft man. Der Einband ist hier der Sack, die Literatur ist der arme Esel.

Wenn in den weiteren Kreisen des lesenden Publikums ist es ja längst kein Geheimnis mehr, daß die Tage des ungebundenen Buches gezählt sind und daß das Buch im Laufe des gegenwärtigen Jahrhunderts sehr bald nur mehr gebunden auf die Welt kommen wird. Merkwürdigerweise sind hier die roten Bädeler vorausgegangen; also gerade diejenigen soliden Einbände, mit deren schonungsvoller Zerlegung wir uns auf unseren Fußwunderungen so viel Mühe geben, weil uns das gebundene Ganze den Rucksack doch zu schwer macht. Überall sonst aber sind wir mit den Vorteilen eines soliden und dabei spottbilligen Einbandes vollkommen einverstanden. Und nun kommt der Schutzzöllner und legt, nicht etwa den Einband, nein! er legt das Buch auf die Wage und er bestimmt nach dem Gewicht des ganzen Buches und nach dem Material des Einbandes den Zoll. Man kann die Literatur und den Käsehandel nicht schöner nebeneinander

* Diese interessanten Ausführungen über die Wirkung der Schutzzölle auf die Buchindustrie entnehmen wir der Wiener „Neuen Freien Presse“.

Erbe des Liebesglücks.

Von Max Kempfe.

So schamlos sprachst du dieses Wort aus; und wie glaubst du nun dich rechtfertigen zu können? — Ich stehe gerechtfertigt da, denn ich vertrete mutvoll die Wahrheit!
Sophokles.

Mehr denn je ist in letzter Zeit wieder einmal ein Thema erörtert worden und wird hoffentlich noch auf recht lange Zeit hinaus die Aufmerksamkeit und das Interesse aller nach Aufklärung und Bildung strebenden Kreise fesseln, welches leider schon viel zu lange von der Menge außer acht gelassen worden ist und das erst vor einiger Zeit durch einen Fall solches Interesse gewonnen hat, daß wohl erwartet werden darf, einen dauernden Nutzen dabei herauszuschlagen, der der ganzen Menschheit zum Segen gereichen kann, der Tausende und Abertausende freier aufatmen läßt, die jetzt unter einem Triebe, den wohl nur die Natur ihnen verliehen hat, unter furchtbaren Seelenleiden und Kämpfen ihr Leben fristen; denen ein mittelalterliches Gesetz täglich, stündlich wie ein Damoklesschwert über ihrem Haupte hängt und eine verständnislose Menge sie mit Abscheu, Hohn und Verachtung erbarmungslos aus ihren Reihen stößt: ich meine die Frage der Homosexuellen, die der verkehrten Geschlechtsempfindung, hervorgerufen durch den Fall Krupp.

Das Herz krampt sich einem vor Schmerz und

* Bereits im Januar eingesandt und wegen Raum-mangel wiederholt zurückgestellt.

stellen; denn auch bei dem Käse wird zwischen der Rinde und dem Kern kein Unterschied gemacht.

Die „ungebundene“ Literatur (natürlich nur die im buchhinderischen Sinne ungebundene) wird also künftig bei uns frei sein und alle Segnungen der Freiheit genießen. Nur die „gebundene“ wird sich durch ein seltsames Spiel des Wortwizes nicht mehr der früheren Beliebtheit erfreuen, sondern unter Zoll gesetzt werden. Und das geschieht so leise, daß man es kaum bemerkt: in einer kleinen „Anmerkung“ wird die Literatur der Vergangenheit, die schon gebunden ist, und die Literatur der Zukunft, die nur gebunden entstehen wird, von der „Freiheit“ ausgenommen. Wenn dieser Tarif Gesetzeskraft erhält, dann wird man diese Anmerkung in der österreichischen Kulturgeschichte des einundzwanzigsten Jahrhunderts mit fetten Lettern ausgezeichnet sehen; sie wird unserer Zeit keine Ehre machen. Und was sie besagen will, das kann ich an einem Beispiel verdeutlichen.

In einer Sommerfrische haben sich vor etlichen Jahren Schriftsteller und Gelehrte, lauter alte Schulkollegen, an einem Tische zusammengefunden. Der eine hatte vor wenigen Jahren mehrere Werke erscheinen lassen, die sich einer guten Aufnahme erfreuten; seitdem war er durch seinen Beruf nach Rumänien verschlagen worden. Von niemand wäre es auffällig empfunden worden, wenn er in der weiten Entfernung hinter dem Fortgang der Literatur zurückgeblieben wäre. Aber mit Verblüffung bemerkten seine Freunde, daß er überhaupt ganz heraus war, daß er geistig gar nicht fortarbeitete. Und auf die schonend vorgebrachten Fragen antwortete er mit den müden Worten: „Der Zoll auf die Bücher! — und dann noch die Schere!“ die er mit einer abwinkenden Geste der Gleichgültigkeit begleitete. Noch sehe ich die ganze Gruppe vor mir, in die das Wort vom Bücherzoll wie ein Blitz hineingefahren war; einer war aufgesprungen und stand, mit den beiden Armen mitten in den Tisch gestemmt, wie sprachlos!

Daß die österreichischen Bibliotheken hinter denen des Auslandes sowohl in bezug auf ihre Bücherbestände, als in bezug auf ihre Einrichtungen zurückstehen, ist ein von niemand bestrittener Übelstand, mit dem wir Universitätsprofessoren neidlos rechnen gelernt haben. Ein rechtschaffener Professor besitzt in Österreich mehr Bücher als sein Kollege in Deutschland, der, was er braucht, sicher und bequem an den öffentlichen Bibliotheken findet. Wir müssen uns vieles kommen lassen, was wir nicht bloß zu unseren speziellen Arbeiten brauchen, sondern was uns zur Ausübung unseres Berufs, zu der einfachen Kollegienarbeit unentbehrlich ist. Die Steuerbehörde hat diesem Umstand, meiner Erfahrung

Empörung zusammen, wenn man den unsäglichen Schmerz und die Qualen jener Unglücklichen kennt, die ihnen ihre Leiden bereiten, und dann fast täglich hören und lesen muß, in welcher roher Weise und mit welcher einer furchtbaren Verständnislosigkeit über diese Unglücklichen gesprochen und der Stab über sie gebrochen wird.

Aber auch fast die gesamte bürgerliche Presse hat bei der Erörterung des Falles Krupp durch ihre gänzliche Unwissenheit der Materie, die sie dabei an den Tag gelegt hat, und ihre Kampfesweise, mit der sie jener vermeintlichen „schimpflichen Verleumdung und Beleidigung“ entgegentrat, wieder einmal zur Evidenz bewiesen, daß sie sich der exzuberierenden Aufgabe, die sie zu erfüllen hat, längst nicht mehr bewußt ist.

Wenn wir aber sogar in einem Gewerkschaftsblatt der freien Gewerkschaften und in einer Zeitschrift wie die „Ethische Kultur“ die Ansicht vertreten finden, daß es „rein persönliche, niemand interessierende Angelegenheiten sind“, für die „jede soziale Interesse fehle“ und daß „nur Parteihäß und -Leidenschaft Veranlassung zu der Publikation“ waren, die der „Vorwärts“ über das Leben Krupps auf Capri brachte, so können wir darnach ersehen, wie sehr es auch jenen noch an dem richtigen Verständnis und der Bedeutung dieser Angelegenheit mangelt.

Wir ehrlichen und überzeugten Kämpfer gegen den § 175 des Strafgesetzbuchs, der diese Unglücklichen oder Kranken — gleichviel, als was wir sie betrachten wollen — als Verbrecher verfolgt und bestraft, sind uns aber alle einig darüber — auch

nach, niemals Rechnung getragen; sie gestattet keinen Abzug, obwohl die Bibliothek eines Gelehrten doch ebenso gut wie die Auslagen eines Geschäftsmannes zu den Betriebskosten und Investitionen gehört. Auch damit haben wir uns längst abgefunden! Nun aber sollen wir für die Bücher, welche der Staat anzuschaffen nicht in der Lage ist und die wir uns aus eigenen Mitteln herstellen, auch noch einen teuren Zoll bezahlen?

Feinere Unterscheidungen liegen dem Zolltarif fern, der die Literatur nach dem Einband und den Einband nach dem Material abschätzt. Nicht einmal ein Unterschied zwischen alten und neuen Büchern wird gemacht; und hier liegt wiederum ein Mustant begraben!

In einem interessanten Artikel hat der Leipziger Professor Witkowski vor einiger Zeit auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die den europäischen Bücherbeständen von der größeren Kaufkraft und Kaufkraft Amerikas drohe. Es hat in der Tat den Anschein, als ob die Mehrzahl der ihren Besitz wechselnden Bibliotheken künftig den Weg über das große Wasser nehmen würde, als ob Europa in diesem Punkte den Kampf mit dem reichen Amerika nicht mehr würde bestehen können. Was daraus folgt, kann man sich denken: es kann eine Zeit kommen, wo der Geschichtsforscher die Quellen für die europäischen Zustände in dem Lande suchen muß, von dem man noch vor hundert Jahren über-treibend sagen konnte, daß es keine Geschichte habe. Zu den vielen Kämpfen der modernen Zeit gehört jedenfalls auch der Kampf zwischen Europa und Amerika um die Bücher! Unser Österreich wird in diesem Kampfe freilich keinen umbringen; wir haben es nicht, können es also auch nicht tun. Was aber der Staat zu tun sich außer stande erklärt, das sollte er doch den Privaten nicht unmöglich machen oder erschweren. Er sollte vielmehr Gott danken, daß die, die es haben, es auch tun. Wir können, rückständig wie unsere Bibliotheken einmal sind, unsere Tore nicht weit genug aufmachen, wir haben nicht Posten und Eisenbahnen genug, wir brauchen auch noch die neuen Wasserstraßen, um Bücher in unser durch drei Jahrhunderte von dem geistigen Fortschritt abgeschnittenes Land zu bringen und wieder gut zu machen, was unsere Vorfahren gesündigt haben. Der neue Zolltarif aber schädigt nicht bloß den Handel mit neuen Büchern, er macht dem Handel mit alten überhaupt ein Ende.

Unsere Bibliothekszustände zwingen uns nicht selten auch, zu den ausländischen Bibliotheken unsere Zuflucht zu nehmen. Die angesehensten gelehrten Körperschaften, die österreichischen und die deutschen Akademien, haben es sich vor einiger Zeit angelegen sein lassen, den Austausch von Büchern

die, welche sich nicht zu den Sozialdemokraten rechnen —, daß der „Vorwärts“ nur deshalb den Artikel brachte, ja bringen mußte, um wieder einmal recht scharfes Geschütz gegen den vorgenannten Paragraphen aufahren zu können und fürwahr, schärfer konnte man demselben kaum zuleibe gehen und auf die Unfinnigkeit desselben jene Moralphilister hinweisen, wenn man den Nachweis brachte, daß dieser Mann, der in den angesehensten und hochgestellten Kreisen verkehrte, den der Kaiser selbst seinen Freund nannte, der über Millionen verfügte, bei dem Taufende von Arbeitern in Brot standen, dessen Namen fast jedem Schulkind Deutschlands bekannt war und der von gewissen Leuten als Ausbund von einem Patrioten hingestellt wurde, daß dieser Mann nach dem § 175 des Strafgesetzbuchs als Verbrecher bestraft werden mußte.

Wir wären wahrlich Toren gewesen, ja, man hätte uns mit Recht Ritschuldige an dem Bestehen des Paragraphen nennen dürfen, wenn wir einen solch überaus günstigen Fall zur Bekämpfung des § 175 nicht soviel wie möglich ausgebeutet hätten; denn es braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden, daß Duzende aus dem Arbeiterstand wegen des gleichen Deliktes erbarmungslos in Gefängnisse und Zuchthäuser gesteckt worden wären und die verständnislose und abgestumpfte Menge achlos darüber hinweggesehen hätte, daß aber an einem solchen Beispiel, wie der Fall Krupp, selbst dem Stumpf sinnigsten die Augen aufgehen mußten und etwas zum Nachdenken angeregt wurde.

Wenn wir aber ferner erwägen, daß die Homosexualität, die Krupp nachgesagt wurde, welches

und Handschriften zwischen den verschiedenen Institutionen auf die einfachste und bequemste Weise zu regeln. In das Gefühl der Freude über diese internationale Errungenschaft fällt allein bei uns Österreichern dieser Zolltarif als ein Wermutstropfen hinein. Sollen wir und unsere Studenten etwa auch Zoll dafür zahlen, daß wir uns ein Buch, das man in Wien nicht anschaffen kann, aus dem Ausland kommen lassen? Oder sollen wir unsere Zeit damit vergeuden, daß wir uns den schon gezahlten Zoll bei einem anderen Schalter wieder zurückholen? Unsere Studenten wenigstens werden sich das überlegen; darin wird mir jeder Recht geben, der weiß, wie schwer es bei uns ist, die jungen Leute nicht bloß an die ausländischen, sondern auch an unsere hiesigen Bibliotheken zu bringen. Wir selber aber werden es uns auch überlegen, ob wir außer dem Porto noch den Zoll und die Scherereien mit in den Kauf nehmen sollen.

Es fehlt dieser „Anmerkung“ aber auch die Konsequenz. Denn denselben Anspruch auf Schutz Zoll wie die Buchbinder haben auch die Buchdrucker und die Papierhändler. Will man das Buch nicht so gelte lassen, wie es von dem Verleger ausgegeben wird, so kommt man notwendig und konsequent darauf, daß nur das in Österreich hergestellte Buch zollfrei ist. Man steht dann auf demselben Standpunkt, auf dem wir im achtzehnten Jahrhundert waren, wo auch nur das in Österreich gedruckte Buch den Schutz gegen den Nachdruck genoß; man ist also um hundert Jahre zu spät auf die Welt gekommen. Der ganze Kalkül, der dieser „Anmerkung“ zu grunde liegt, atmet den Geist von Annodazumal. Oder glaubt wirklich ein moderner Mensch, daß die Wiener Buchbinder weniger zu tun haben, wenn gebundene Bücher billig hereinkommen? Ach nein! Mit den Büchern geht es gerade so wie mit der Post und mit den Eisenbahnen: je billiger sie werden, umso mehr tragen sie ein. Wer billige Bücher kauft, der kauft nur mehr Bücher; denn man kann wohl zu viel Bücher haben, niemals aber hat man genug. Oder glaubt der Staat, aus dem Zoll eine bedeutende Einnahme zu erzielen? Er wird umgekehrt an der Post und an der Fracht (gebundene Bücher gehen zu stark ins Gewicht) eine empfindliche Einbuße erleiden.

Vor der Bibliothek eines Kollegen stehend und das Haupt in gewohnter Weise hin und her wiegend, hat der alte Mommsen einmal gesagt: „Ihre Bibliothek ist so kraus wie die deutsche Literatur!“ Das zielt auf die bunte Mischung von gebundenen und ungebundenen Büchern: denn wer nicht von reichen Eltern war und viel Bücher nötig hatte, der konnte sich bis vor kurzer Zeit den Einband nicht für alles und jedes leisten. Und nun kommt

die Zeit, wo der Einband zum Buche gehört; und nun ist es wiederum nichts für uns Österreich! Es ist uns halt nicht bestimmt, mit der Zeit gleichen Schritt zu halten; wir müssen immer ein bißchen zurück sein.

Diesmal sind wir sogar im Begriffe, einen sehr großen Rückschritt zu machen! „Gazetten dürfen nicht genieret werden“, hat Friedrich der Große gesagt; von den Büchern gilt dasselbe.

Korrespondenzen.

Zugung von Buchbindern nach Steglitz bei Berlin und Galanteriearbeitern nach der Firma J. F. Diebel in Offenbach a. M. ist streng fernzuhalten!

Arbeitsangebote nach Hagen i. W. sind nur nach vorheriger Erkundigung beim dortigen Bevollmächtigten anzunehmen.

Erlangen. Ueber die Portefeulle- und Kartonnagenfabriken von Chr. Feldmann & Co., Sedanstraße, und Wilhelm Lieb, Ringstraße, ist die Sperre verhängt. Zugung von Pressern, Buchbindern, Portefeullern und Kartonnagenarbeitern ist unbedingt fernzuhalten!

Seidelberg. Am Montag den 2. März hatten sich die hiesigen Verbandskollegen zu einer Versammlung eingefunden. Der Vertrauensmann Ziegenhorn stellte die Frage zur Debatte, ob wir nicht eine öffentliche Versammlung zwecks Agitation für den Verband einberufen wollen, worüber sich eine lebhafte Debatte entwickelte. Einige Kollegen hielten den Zeitpunkt schon etwas für vorgerückt, auch habe die Versammlung im Jahre 1900 nicht das Resultat geliefert, welches allgemein erwartet wurde. Auch scheinen die hiesigen Kollegen kein Interesse an dem Verband zu haben. Befanden sie sich doch in Lebensstellung mit einem Wochenlohn von 24 bis 28 Mk. In Wirklichkeit haben sie aber nur 18 bis 24 Mk. Deshalb solle man warten, bis günstige Zeit eintrete. Doch diese Ansicht stieß bei der Mehrheit auf Widerspruch. Kollege Zeising nimmt die Kollegen gegen den Vorwurf der Interesslosigkeit in Schutz und bemerkt ferner, daß sich nach Erkundigungen ergeben habe, daß die Verhältnisse in einigen Werkstätten keine schlechten sind. Schließlich wurde beschlossen, eine Versammlung abzuhalten, und wurden die Kollegen Ziegenhorn, Albert Pauly und Krauß gewählt, um die nötigen Vorarbeiten zu erledigen. Gleichfalls sollen die Kollegen von auswärts eingeladen werden. Da deren Adressen jedoch nicht bekannt sind, erlauben wir es auf diesem Wege zu tun und bitten die Kollegen bei näherer Bekanntgabe Notiz davon

nehmen zu wollen. Es wurde der Wunsch laut, Kollegen Schmidt-Mannheim als Referenten für diese Versammlung zu gewinnen. Hierauf teilt Kollege Ziegenhorn mit, daß er aus Geschäftsrück-sichten gezwungen ist, sein Amt niederzulegen. Zum Nachfolger wurde einstimmig Pauly gewählt. Sodann wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt.

Offenbach. Unsere Zahlstelle nahm in zwei Versammlungen Stellung zu den brennenden Tagesfragen in unserem Verband. Die Mitglieder-versammlung vom 9. Februar war leider recht mäßig besucht. Nachdem der Kartellbericht gegeben war, erhielt Kollege Gajch zu dem ersten Punkt „Unsere nächsten Aufgaben“ das Wort. Eingehend bemerkte Redner, daß es ein Zeichen der Gesundheit einer Organisation sei, wenn die Kollegen für die nächsten Ziele ihrer Gewerkschaft sich interessieren und immer werde es auch weitgehende Meinungs-verschiedenheiten geben. Ein Krebsgeschaden nur sei es, wenn die Kritik in eine persönliche, gehässige Kampfesweise ausarte; diese sei nur dazu angetan, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterbewegung zu schaffen. Der Artikel „Unsere nächsten Aufgaben“ in Nr. 4 und 5 unseres Verbandsorgans, von B. S. unterzeichnet, sei nur dazu angetan, einem späteren notwendig werden solidarisches Zusammengehen unseres Verbandes mit dem Portefeullerverband entgegenzuarbeiten. Er selbst beklage im Prinzip die Gründung des Portefeullerverbandes, in Hinsicht auf die Offenbacher Verhältnisse sei dies aber eine Notwendigkeit gewesen und er hoffe, daß mit der Entwicklung des Portefeullerverbandes eine Beitragserhöhung sich notwendig machen werde. Dann werde die Tochterorganisation den Charakter einer Konkurrenzorganisation verlieren und ein harmonisches Zusammenarbeiten, welches schließlich zur Wiedervereinigung führen werde, ermöglichen. Ungerecht im höchsten Grade aber sei es, die Offenbacher Kollegen zu beschuldigen, sie hätten ihre Schuldigkeit nicht getan. Redner kommt auf die im Herbst ablaufenden Tarifvereinbarungen zu sprechen; er hofft, daß es infolge der Stärke unseres Verbandes gelingen wird, das Erreichte festzuhalten, eventuell weitere Vorteile zu erzielen. Notwendig sei es, daß auch auf die mittleren und kleineren Orte seitens der Verbandsleitung geachtet werde. Infolge der Errungenschaften in den Großstädten bleibe die Provinz zurück und dieser Zustand trage die Gefahr in sich, daß sich die Kollegen den Hauptorten zuwenden. Die Frage „Zentralranfentasse und Verband“ werde in nächster Versammlung von Kollege Falke eingehend behandelt werden. Übergehend zu der Frage des Staffelbeitragsystems präzisiert Redner seinen gegenteiligen Standpunkt.

jedoch den eingeweihten Kreisen seit Jahren als Tatsache bekannt war, daß von dieser verkümmerten Geschlechtsempfindung Tausende und Abertausende in allen Volks- und Berufs-schichten, von den einfachsten Arbeitern hinauf bis zu den größten Geistes-helden, von den niedrigsten Beamten hinauf bis zu den Ministern und Fürsten, bei den Naturvölkern sich ebenso wie bei den am höchst entwickelten Kultur-völkern, in den ältesten Zeiten ebenso wie jetzt sich vorfindet und beobachtet worden ist; wenn wir dann schließlich noch hören, daß nach dem heutigen Stande der Wissenschaft keine Person, ganz gleich welchen Geschlechtes oder Standes, nicht wissen kann, ob sie sich der normalen, das ist der bis jetzt als allein richtig anerkannten und statthaften Geschlechts-empfindung — der sie sich vielleicht noch momentan zu erfreuen hat — bis zum Ende ihres Sexual-triebs wird erfreuen können oder nicht, dann werden wir wohl auch ungefähr begreifen, welche ein eminentes Interesse und welche Bedeutung diese Frage für jeden haben dürfte und soll es deshalb Auf-gabe der nachstehenden Zeilen sein, mit dazu etwas beitragen zu helfen, richtige Anschauungen über die verkümmerte Geschlechtsempfindung in unserem Referat zu verbreiten, sie anzuregen, dieser überaus wichtigen Angelegenheit etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen und ihr Urteil zu klären, wenn ihnen in ihrer Zeitung — was ja leider so häufig vor-kommt — wieder mal von einem verfehlten Leben berichtet wird. Nach Hunderten zählen die Fälle, in denen diese Unglücklichen mit Aufbietung aller Kräfte vergebens gegen ihre krankhaften Triebe gekämpft haben, ihnen unterliegen mußten und der

strafenden Gerechtigkeit in die Arme fielen und zum Teile sogar unter dem Beile des Henkers das Leben für ihre verbrecherischen Triebe lassen mußten. Nach Duzenden zählt mindestens die Schar jener Unglücklichen, die, in der Erkenntnis, daß sie ver-gleichlich gegen ihre Triebe kämpfen, es vorzogen, freiwillig in den Tod zu gehen, als dem „ver-brecherischen“ Triebe nachzugeben. Sie nehmen dann wenigstens das beruhigende Bewußtsein mit in das Grab, daß niemand ihnen etwas Schlechtes nach-sagen kann und oft sogar niemand ihre sträflichen Gefühle auch nur geahnt hat und die Chronik dann höchstens in ihrer lakonischen Weise von einem „Selbstmord aus unbekanntem Motiven“ berichten kann.

Die Erfahrung lehrt uns auch, daß jährlich zahl-reiche Männer und Frauen, welche für ihr eigenes Geschlecht empfinden, oft ohne sich selbst über Art und Weise dieser Empfindung klar zu sein, in der Ehe Rettung, respektive Heilung suchen, und leider muß es gesagt werden, oft sogar auf Arzraten un-wissender Ärzte, denen diese Erscheinungen in unserem Geschlechtsleben ganz unbekannte Dinge geblieben sind.

Wehe aber diesen Unglücklichen, die solchen ärzt-lichen Ratgebern in die Hände fallen und dann in der Ehe ihr Heil suchen! Namenloses Elend und Jammer ist, das in den weitaus meisten Fällen ihrer wartet. Und nicht genug damit, daß sie sich selbst unglücklich machen, übertragen sie auch noch in sehr vielen Fällen ihre eigene Abnormität auf ihre Kinder und Kindeskinde.

Wie groß übrigens die Zahl der Homosexuellen ist, kann man auch ungefähr darnach ermaßen, daß

allein bei dem Berliner Polizeipräsidium seinerzeit eine solche Menge Personen wegen Verstoßes gegen den § 175 zur Anzeige gelangten, daß man wegen der ungeheuren Menge von einer weiteren Straf-verfolgung ganz Abstand genommen hat, und von tüchtigen Kennern dieser Materie wird sogar behauptet, daß in den größeren Städten bis zu 20 und 25 Prozent Homosexuelle gefunden worden sind.

Es ist bereits weiter oben kurz angedeutet worden, daß die gleichgeschlechtliche Liebe zu allen Zeiten, bei allen Völkern, in allen Ständen und bei beiden Geschlechtern beobachtet worden ist. Einige wenige von den vielen Beweisen mögen hier folgen.

Bei dem griechischen Volke blühte die gleich-geschlechtliche Liebe unverhüllt, galt als etwas Selbst-verständliches und wurde öffentlich gepflegt, und zwar besonders zu der Zeit, als sich dieses klassisch-vorbildliche Volk auf seiner Höhe befand. Schon die griechische Mythologie bietet uns eine ganze Menge Beispiele hierfür. Und auch der weiseste aller Griechen, Sokrates, war der mann-männlichen Liebe keineswegs abhold, sondern pflegte sie, und dies darf wohl auch als Schlüssel für sein tief un-glückliches Familienleben angesehen werden, das er mit seinem Weibe Xantippe führte, welche letztere zwar bis auf die heutigen Tage noch als Inbegriff aller Zantföchtigkeit etc. angesehen wird, die aber wohl ihre guten Gründe gehabt haben mag, sich mit ihrem Ehegesponst so schlecht zu vertragen. Das solonische Gesetz gestattete die gleichgeschlechtliche Liebe und bestrafte nur die Ausübung des Zwanges.

Ebenso huldigte die griechische Dichterin Sappho der gleichgeschlechtlichen Liebe und nach ihr wird

Wenn Kollege B. S. diesen Gedanken als rückfichtlich bezeichne, so müsse er das zurückweisen.

Pflicht der wirtschaftlich Stärkeren ist es, die Schwächeren zu unterstützen; reaktionär dagegen sei es, wie dies in Berlin von einer Seite geschehen, gegen dieses Prinzip zu protestieren. Die örtlichen Verhältnisse freisend weist Redner auf die Notwendigkeit einer energischen Agitation hin, Pflicht eines jeden Kollegen sei es, mitzuarbeiten, damit auch am Orte es möglich werde, Lohnforderungen zu stellen. Seitens des Vorstandes war der Antrag gestellt, eine Agitationskommission zu wählen und wurde demgemäß eine zehnjährige Kommission gewählt. Seitens eines Kollegen wurde mitgeteilt, daß bei der Firma Diezel Differenzen ausbrochen sind.

Die Mitgliederversammlung vom 23. Februar war gut besucht. Sie befaßte sich zunächst mit den Differenzen der Firma J. F. Diezel. Kollege Kienle gab einen ausführlichen Bericht über diese Lohnbewegung. Die Firma habe unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen eine Arbeitszeitveränderung, die eine Verlängerung von $\frac{1}{4}$ Stunden bedeute, durchdrücken wollen. Mit Recht habe sich das Personal gegen diesen Ufas gewehrt, leider sei die Kollegenchaft entgegen dem Rats des Vorstandes vorzeitig vorgegangen. Da am Freitag den 13. Februar eine Arbeiterin gemafregelt wurde, reichten 5 Kollegen und 15 Kolleginnen die Kündigung ein. Der Herr Prinzipal habe jede Unterhandlung abgelehnt und auch eine Unterhandlung des Kollegen Dietrich war erfolglos. Der Verbandsvorstand habe die Lohnbewegung als Streit nicht anerkannt, aber beschloffen, die arbeitslos gewordenen Verbandsmitglieder als Gemafregelte zu unterstützen. Infolge erfolgter Vorwärtszüge wurde, da die Arbeiterinnen behaupteten, auf Wochenlohn eingestellt zu sein, eine Klage vor dem Gewerbegericht anhängig gemacht; leider endete diese mit einem Fiasco (siehe Nr. 9 der „Buchbinder-Zeitung“). Leider sind einige ehemaligen Verbandskollegen ihren Kollegen in den Rücken gefallen. Der Buchbinder Rich. Schau aus Gera mußte vor einigen Wochen wegen restierender Beiträge gestrichen werden. Der Buchbinder Georg Regel aus Dresden war leider bis jetzt noch Verbandsmitglied. Der Vorstand beantragt infolgedessen Ausschluß nach § 14 b. Auch der Herr Werkführer Jüngling war langjähriges Verbandsmitglied; nun, diese Herren wollen an der Krippe bleiben, infolgedessen haben sie mit der Vergangenheit gebrochen, mit Liebedienerei glauben sie weiter zu kommen.

Sodann sprach Kollege Falke über das Thema: Zentraltrankenkasse und Verband. Die Zentraltrankenkasse habe sich im Anschluß an den Verband

gegründet und mußte jedes Mitglied zugleich Verbandsmitglied sein. Um nicht dem Sozialistengesetz zu verfallen, mußte die Krankenkasse diese Bestimmungen fallen lassen und sich das Recht der juristischen Person erwerben. Dadurch sei ein großer Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen gewesen. Der Forderung „Der Einverleibung der Krankenkasse in den Verband“ fehle die Berechtigung. Im Laufe der Jahre seien Kollegen in andere Geschäfte übergegangen, außerdem haben auch die Nichtorganisierten ein gutes Recht an die Krankenkasse. Zur Auflösung der Kasse sei eine Vierfünftel-Majorität notwendig und damit falle für den Verband die Möglichkeit einer Verschmelzung. Eine Verschmelzung liege auch nicht im Interesse des Verbandes, die Beiträge müßten verdoppelt werden und das werde schwierig sein. Außerdem steige erfahrungsgemäß in der Zeit der Krise auch die Zahl der Kranken, daher werde die Krankenunterstützung für den Verband ein Hemmschuh sein, sie werde die Aktionsfähigkeit des Verbandes beeinträchtigen. Kollege Gafch ist ebenfalls Gegner einer Verschmelzung und zwar aus den letzten Gründen, die der Referent anführt. Er ist an sich Gegner der Hilfskassen. Die Tatsache, daß die Hilfskassen in bezug auf die Gesundheit genaue Auslese halten, sei höchst bedauerlich. Redner ist für eine Zentralisierung auf dem Gebiet der Krankenversicherung. Die Hilfskassen müßten sich in Zuschußkassen verwandeln, die gesetzgebenden Körperschaften müßten die Beitrittspflicht aller Arbeiter zu den Ortskrankenkassen obligatorisch machen. Auch die Ortskrankenkassen streben nach Zentralisation. Es sei nur notwendig dahin zu wirken, daß die Zahl der Arbeitervertreter sich in Reich, Staat und Kommune vermehre, dann werde es auch möglich werden, das Krankentassengesetz zu verbessern und die Leistungsfähigkeit der Ortskrankenkassen zu erhöhen. Es sei in den Ortskrankenkassen möglich, daß die Arbeiter die Selbstverwaltung ausüben und nur gerecht, daß zur Beitragspflicht die Arbeitgeber herangezogen werden. An der Diskussion beteiligen sich noch die Kollegen Kienle, Jakob und Kaulich. Ein Antrag des Kollegen Lohr, der besagt, daß die Zahlstelle Offenbach sich gegen die Verschmelzung der Zentraltrankenkasse mit dem Verband erklärt, gelangt zur Annahme.

Dresden. „Unsere nächsten Aufgaben“ war der erste Punkt der Tagesordnung unserer Versammlung am 7. März. Der Bevollmächtigte führte hierzu aus: In Dresden hat man jahrelang vergeblich gearbeitet, erst im vergangenen Jahre wurde mit Wanderversammlungen der Versuch gemacht, Leben unter die Verußgenossen am Orte zu bringen. Während in den Buchbindergrößtstädten Leipzig,

Berlin und Stuttgart die Tarifgemeinschaft durch geeintes Vorgehen der Kollegen eingeführt ist, hat man in den Klein- und Mittelstädten noch nichts oder sehr wenig in diesem Sinne getan. Um dies in Dresden zu tun, ist vor allem eine große Anzahl Mitglieder notwendig, die aber auch den ersten Willen haben müssen, die leider noch allzu große Masse der Indifferenten aufzurütteln. Das liegt im Interesse der Dresdener und der allgemeinen Kollegenchaft. — Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird von seiten der Leipziger Unternehmer eine zehnprozentige Reduzierung des Tarifs geplant. Es liegt auf der Hand, daß jeder einzelne alles daran setzen muß, damit die Reservearmee, auf die die Unternehmer bei dem nicht ausbleibenden Widerstand seitens der Hilfsenschaft rechnen, möglichst gering wird. Zu einer umfassenden Agitation haben uns bis jetzt genügende Unterlagen gefehlt; diese können wir uns nur durch eine gut bearbeitete Statistik verschaffen. Soll dies geschehen, dann macht sich die Wahl einer statistischen Kommission notwendig. Besonders die alten Kollegen, die ihre früher gemachten Erfahrungen sehr gut verwenden könnten, müßten wieder an die Spitze. — In der interessanten Debatte erklärten sich sämtliche Redner mit dem Vorschlag: Wahl einer statistischen Kommission, einverstanden. Werner hebt hervor, daß seit 1887 keine brauchbare Statistik aufgenommen wurde. Die auf Anregung des Verbandsvorstandes gefertigten seien wegen ihrer oberflächlichen Bearbeitung zur Agitation unbrauchbar. Ein Tarif für Dresden sei ein Uding. So zum Beispiel befänden sich in Dresden 30 Kartonnagefabriken, fast jede fabriziere andere Spezialartitel. Lange weist auf die vielen Branchen, das Kleinkrautertum und den Unterschied der Fabrikationsweise zwischen hier und Leipzig z. hin. Ein Tarif könne wohl für einzelne große Geschäfte (Großbuchbindereien existieren hier nicht), nicht aber für ganz Dresden eingeführt werden. Maimald macht sich von einem Tarif für Dresden eine andere Vorstellung wie von dem Leipziger; durch vertragsmäßige Vereinbarung bestimmter Zeitlöhne sei man dem Gedanken der Tarifgemeinschaft schon näher gerückt. Die Arbeitszeit für Afford- und Lohnarbeiten ließen sich ebenfalls einheitlich regeln. Kohl erwidert Lange, daß auch mit der Znnung Vereinbarungen getroffen werden können; allerdings werde sich diese nicht eher dazu herbeilassen, als bis ihr die 15-Mark-Gefellen auf den Hals kommen. Dazu wollen wir eben behilflich sein. Alle Redner sind von der Wichtigkeit der Sache durchdrungen und sichern einer Kommission ihre Unterstützung zu. Hierauf wird die Wahl vorgenommen. Aus ihr gehen elf Kollegen als gewählt hervor: Werner, Lange, Maimald, Jenn-

noch bis auf den heutigen Tag der Verkehr des weiblichen Geschlechtes untereinander „sapphische“ oder „lesbische“ Liebe — nach der Insel Lesbos, auf der Sappho lebte — genannt. Während die mann-männliche Liebe auch vielfach als griechische Liebe bezeichnet wird.

Im alten Rom finden wir ebenfalls zu allen Zeiten die gleichgeschlechtliche Liebe. Julius Cäsar war öffentlich bekannt als Uranier oder Urning, wie die Homosexuellen kurzweg genannt werden. Als Jüngling erwies er bereits dem König Nikomedes von Bithynien, der ebenfalls urnisch empfand, intime Gefälligkeiten. Kaiser Augustus war ebenfalls ein Urning, ohne deshalb — was nichts Seltenes bei Urningen ist — das andere Geschlecht gänzlich zu verschmähen. Die gleichen Erscheinungen finden wir bei Liberius, Caligula zc. Und der ebenfalls urnisch empfindende grausame Nero ging sogar soweit, seinen Geliebten, den Knaben Sporus, vor allem Volke sich öffentlich antrauen zu lassen und dann zu verlangen, daß man denselben als „Kaiserin“ verehere. Ebenso waren bei dem kriegführenden Volke der Makedonier urnische Neigungen gar nichts Seltenes, und nur einer ihrer bekanntesten Persönlichkeiten, Alexander der Große, sei genannt, der zu seinem Freunde Hephästion in Liebe entbrannt war. Und Tacitus berichtet uns von dem kräftigen Volke der Gallier und den urwüchsigsten Germanen, daß die gleichgeschlechtliche Liebe bei ihnen ebenfalls verbreitet war.

Daß auch bei den Juden dieselbe keine unbekanntere Erscheinung war, dafür liefert uns schon die Bibel genug Beispiele. Allerdings erstreute sie sich bei

ihnen nicht der Achtung und Anerkennung, wie wir dies bei den Griechen und Römern finden. Ja, es wird sogar späterhin — 3. Buch Mose, 20. Kapitel, Vers 13 — die Todesstrafe über dieses Verbrechen verhängt.

Auch dem christlichen Mittelalter fehlte jegliches Verständnis für die Homosexualität und bedrohte sie demzufolge mit den schwersten Strafen.

Unter den Uraniern, vor Mittelalter an bis zur Neuzeit, finden wir ebenso wie unter denen der Antike die bedeutendsten Männer ihrer Zeit. Es seien hier nur kurz erwähnt: Giordano Bruno, Savonarola, Michel Angelo, William Shatespeare, der Dichter Byron, Jsaak Newton, der Begründer der mathematischen Physik und physischen Astronomie, Robespierre, die Schauspieler Jffland, Hendrich und der Hofschauspieler Müller-Hanno, der erst in jüngster Zeit sich wegen seines krankhaften Triebes, dessen er vergeblich Herr zu werden versuchte, das Leben nahm. Ferner der Dichter des „Räthchen von Heilbrunn“, Kleif, sowie Grillparzer, der Philosoph Nietzsche und andere. Von Männern des päpstlichen Standes seien nur die Päpste Paulus II., Sixtus IV. und der heilige Antonius von Padua genannt.

Ebenso empfanden zahlreiche Fürsten urnisch. Zum Beispiel Eduard II. von England, Heinrich III. von Frankreich, Jakob I. von Schottland, Sohn der Maria Stuart, Rudolf II. von Habsburg, Königin Christine von Schweden, Tochter Gustav Adolfs, Wilhelm von Oranien, Eugen von Savoyen (Bring Eugen der edle Ritter), sowie Friedrich der Große, dessen Verhältnis zur Voltaire niemand ein

Geheimnis war, und aus der neuesten Zeit sei noch ein Fürst genannt, dessen tragisches Schicksal wohl den meisten noch lebhaft in Erinnerung ist: Ludwig II. von Bayern; mit ihm aber wird zugleich der Name eines Mannes genannt, dessen epochemachenden Werke erst vor kurzer Zeit anfangen, sich den Platz zu erobern, den sie verdienen: Richard Wagner, Ludwig II. Freund, der gleich ihm Uranier war. Wir haben nun unter den wenigen Beispielen bereits eine solche Menge von hochangesehenen und bedeutenden Personen gefunden, daß es wohl niemand einfallen wird, eine Beleidigung einer Person darin zu erblicken, wenn wir von ihr sagen, daß sie urnisch empfand. Anders denkt man jedoch in gewissen Kreisen der sogenannten Gebildeten; wofür nachstehendes Beispiel: In diesen Tagen erschien von einem Freunde des Hauses Wagner, Hans Fuchs, ein Buch über Richard Wagner und seine verkehrte Geschlechtsempfindung. Das Buch wurde sämtlichen Musikzeitungen zur Besprechung überandt, letztere aber fast von allen abgelehnt, „da sie es nicht wagen dürften, ihrem Leserkreis die Enthüllung zu unterbreiten, daß der große Meister Richard Wagner ein Uranier gewesen sei“.

Daß auch ein anderer Titane auf dem Gebiet der Kunst — Ludwig von Beethoven — urnisch empfand, wird man wahrscheinlich in jenen „gebildeten“ Kreisen auch als eine Beleidigung auffassen. Nichts kennzeichnet aber die verkehrten bürgerlichen Anschauungen über Moral besser, als dieser Fall. Hätte dieser Mann die tollsten Organe gefeiert, Dugende von Weibern verführt oder ins Glend gestürzt, man würde ihm alles gerne ver-

rich, Neuhauser, Thieme, Zeddel, M. Müller, Wiese, Klein und Hamann. Hoffen wir, daß die Gewählten die ihnen übertragenen arbeitsreichen Unter- gut versehen; hoffen wir weiter, daß alle Mit- glieder Dresdens die Kommission unterstützen und hoffen wir am meisten, daß nicht Naturereignisse entgegen- treffen — von Stuttgart kommen öfter welche — die die Arbeitsfreudigkeit der in Agitation stehenden Kollegen zu schanden machen.

Nachdem schneidet Kohl die Schriftführerfrage an. In der letzten Zeit sei von Dresden selten ein vernünftiger Versammlungsbericht in die Zeitung gekommen; viele konnten wegen ihrer Inaktivität gar nicht aufgenommen werden. Um diesem Übel- stand abzuhelfen schlägt Redner vor, daß sich be- sonders jüngere Kollegen, die Lust und Liebe zum Berichtschreiben haben, beim Bevollmächtigten melden, von dem aus das weitere veranlaßt wird. Lange ist damit einverstanden. Es sei durchaus nicht nötig, daß die Betreffenden stenographieren können, Hauptsache sei, daß der Sinn der Verhandlungen richtig wiedergegeben werde, damit der Hauptzweck des Berichtes, die nicht in der Versammlung an- wesenden Mitglieder auf dem Laufenden zu halten, erreicht würde. Auf die Bemerkung Liebernickels, der Redakteur „verfreiche“ die Berichte, erwidert Redner, daß wohl in fast allen Fällen das Gegen- teil der Fall sein werde. Es würden wohl öfter Berichte nach Stuttgart gehen, die viel Worte, aber keinen Sinn enthalten. Dem Redakteur kann es vom Standpunkt des Arbeiters sowohl wie Mit- glieds nur angenehm sein, brauchbares Material als Zeitungsbericht zu erhalten. Jenrich hält es ebenfalls für die höchste Zeit, hier Remedur zu schaffen. So eine kleine Schriftführerschule habe auch noch den guten Zweck, die in Frage kommen- den Kollegen zu den sogenannten Kleinarbeiten, deren es in kommender Zeit nicht zu wenig geben werde, die bis jetzt aber „die alte Garde“ gemacht habe, anregen zu können. Der Vorschlag Kohls wurde angenommen.

Leider wurden die anregenden Diskussionen durch den Kollegen Gadebeil gestört. Derselbe hielt es für nötig, in trunkenem Zustand die Versammlung zu besuchen, um dort „Krach“ zu machen und aller- hand Schimpfworte gegen Verbandsmitglieder zu gebrauchen. Da keine Ruhe zu erlangen war, wurde der Störenfried aus dem Lokal gewiesen. Begler beantragte auf Grund der beleidigenden Ausdrücke §. 3 Ausschluß nach § 14 b. Nachdem Jenrich und Mainwald sich dagegen erklärt und Werner und Lange den §. als nicht ernst zu nehmenden Quasself- rügen geschilbert haben, wird der Antrag ange- nommen.

Zum Schlusse wird auf das am 5. Mai im

ziehen, darüber hinweggesehen haben, daß er aber nie in seinem Leben für ein Weib empfunden haben soll, das sieht man als etwas Entehrendes an, das könnte man ihm nicht verzeihen.

Wenn ich nun schließlich noch bemerke, daß unter den Uranern der Gegenwart sich mit die ange- sehensten und hochgestellten Personen, sowie fünf jetzt lebende europäische Potentaten — deren Namen aus leicht begreiflichen Gründen nicht genannt werden können — mit darunter befinden, so dürfte wohl genügend der Beweis dafür erbracht sein, daß die verkehrte Geschlechtsempfindung jederzeit und überall sich zeigt und beobachtet werden kann.

Vielleicht ist es aber manchem der Leser aufge- fallen, daß unter den hier angeführten Beispielen sich so wenig Frauen befanden und deshalb wohl schließlich auf die Vermutung gekommen sein, daß diese Erscheinung sich bei dem weiblichen Geschlecht weniger vorfindet. Dies ist aber keineswegs der Fall.

Wenn wir hierfür weniger Persönlichkeiten an- führen können, so hat dies seine Gründe haupt- sächlich darin, daß das Weib nie so viel in die Öffentlichkeit getreten ist und bekannt wurde wie der Mann und es deshalb sehr wenige Frauen- gestalten gibt, die der Allgemeinheit so bekannt sind, wie die der angeführten Männer, außerdem aber verbirgt das Weib viel mehr diese ihre Ge- fühle und sucht sie geheim zu halten, als dies bei den Männern der Fall ist, denen wenigstens bei dem gleichgeschlechtlichen Arzte eher die Möglichkeit gegeben ist, sich offen darüber auszusprechen.

(Schluß folgt.)

Volkshaus stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht.

Berlin. Die am 5. März tagende außerordent- liche Generalversammlung der Zahlstelle ehrte das Andenken des verstorbenen Kollegen Kinnemann in üblicher Weise.

Über die Einführung eines paritätischen Arbeits- nachweises referierte Brückner:

Wir haben ein großes Interesse daran, uns der Sache sympathisch gegenüber zu stellen, umso mehr als wir vermeiden wollen, durch Nichtzustimmung bei uns eine bei den Holzarbeitern ähnliche, schwere Opfer und Kosten verursachende Situation herbei- zuführen. Die Tarifgemeinschaft bedinge diese Ein- richtung und dabei müsse festgelegt werden, daß eine unter dem vereinbarten Tarif statt- findende, sowie durch Annoncieren und Umschauen erfolgende Einstellung aufhören müsse; denn von den in der Ortskrankenkasse registrierten 18000 Anmeldungen seien ca. 10000 Arbeitsstellen durch die einzelnen Nachweise vermittelt, während 8000 auf andere Weise in Arbeit getreten seien; dies könne geändert werden, wenn es gelingt, die Arbeitsnach- weise zu einem paritätischen zusammenzufassen.

Hiermit haben sich einverstanden erklärt von den Arbeitgeberorganisationen: die Buchbinderinnung, der Verband der Buchbindereibesitzer und die Ver- einigung von Buchbindereibesitzern des Geschäftsbü- chersachs, während von der Vereinigung der Kartonfabriken und der Chromolithographischen An- stalten ein endgültiger Bescheid noch aussteht.

Redner bringt hierauf das Statut zur Kenntnis der Mitglieder, welches im allgemeinen den be- rechtigten Anforderungen entspricht und dessen § 2 speziell eine Anerkennung der Organisation be- fundet. Für die Verbandsmitglieder würde eine Pauschale gezahlt, doch hätten die Nichtorganisierten eine Einschreibgebühr von 20 Pf. zu erlegen, und da die organisierten Arbeitslosen ihre Unterstützung erhielten, könnte dies agitatorisch anregend und er- zieherisch auf jene einwirken. Nun erfordert die Parität, daß auch bei Streiks z. z. eine Vermitt- lung stattfindet; doch die dabei aufsteigenden Be- denken könnten insofern widerlegt werden, als ja den Arbeitssuchenden vorher bekannt gegeben werden könne, da oder dort sind Differenzen ausgebrochen, und eine starke Organisation wird soviel Einfluß besitzen, daß sich niemand für solche Stellen findet. Die Arbeitsvermittlung soll werktäglich ununter- brochen von 11 bis 6 Uhr nachmittags stattfinden und unser Vermittler — auch von den Arbeitgebern wird ein solcher gestellt — würde die Geschäfte des Kassierers mit übernehmen. Das Gehalt desselben sei mit 1800 Mk. vorgesehen, wobei die Zahlstelle nur mit 400 Mk. mehr belastet sei, da die Auf- wendungen für Bureaumiete, Aushilfe, Kassierer zc. sich durch die Anstellung begleichen würden. Hierzu wird folgende Resolution unterbreitet:

„Die außerordentliche Generalversammlung gibt den bisher stattgefundenen Verhandlungen zur Schaf- fung eines paritätischen Arbeitsnachweises ihre Zu- stimmung und beauftragt die in das Kuratorium zu wählenden Mitglieder mit der Führung der weiteren Geschäfte.“

Stimmen Sie derselben zu und bekommen wir zum Vermittler einen mit den Verbandsangelegen- heiten vollständig vertrauten Kollegen, so sind wir wiederum einen Schritt vorwärts gekommen und es wird der Zahlstelle und der Organisation zum Vor- teil gereichen.

Wilhelm hat nicht die optimistische Auffassung Brückners, daß sich Streibbrecher nicht finden würden. An der Streiklausel ist die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise in Süddeutschland gescheitert. Er bittet, die Sache zu prüfen und die Resolution nicht anzunehmen.

Draufs misst der Klausel nicht die Bedeutung bei, da wir das Zugeständnis eines uns zu Bekannt- machungen verfügbaren Raumes haben. Das sich ergebende Agitationsfeld solle man ausnützen und das Kuratorium möge sich bemühen, die noch fehlen- den Arbeitgeberorganisationen zum Anschluß zu be- wegen. Er empfiehlt die Resolution.

Jahn begrüßt den Schritt als ein Zeichen ge- werkschaftlicher Agitation, welcher vor Jahrzehnten ein Ziel der Sehnsucht war; er dient als Agitations- mittel, um die Verhältnisse in den Werkstätten zu kontrollieren und die gesammelten Erfahrungen aus- zutauschen.

Schade bespricht die Entwicklung unseres Arbeits- nachweises aus den kleinsten Anfängen bis jetzt. Seit 1896 hätten die Fabrikanten durch Schaffung eines solchen dem unseren entgegengearbeitet. Ein günstiger Zufall brachte Kenntnis von dem Plane der Errichtung eines Innungsarbeitsnachweises, wobei der Gesellenausschuß den Anspruch der Mit- beratung erhob. Die Verhandlungen haben all- dahn bis zu dem jetzt vorliegenden Resultat geführt. Durch das vom Kuratörium zu stellende Ver- langen, niemand ohne Karte vom Nachweis einzu- stellen, hätten wir eine bessere Übersicht. Die sich einstellenden Schwierigkeiten, die sich zeigenden Schäden und Mängel würden auch hier überwunden werden. Dem Ausbau der Arbeitgebernachweise würde vorgebeugt und bei geschickter Handhabung würde die Nachweisleitung auch mit der Streik- klausel zum Wohle der Mitglieder auskommen.

Der von Jahnke gestellte Antrag auf Schluß der Diskussion wurde, nachdem Schmitz mit der Moti- vierung dagegen gesprochen hatte, daß ein so schwer- wiegender Schritt einer ausgedehnten Erörterung bedürfte, mit 124 gegen 104 Stimmen angenommen. Hierauf wird die obenstehende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Zur Wahl für den Arbeitsnachweisleiter stehen drei Kandidaten: Bytomski, Lemser, Schiffe.

Jahn hätte gewünscht, die Namen vorher in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen, um darüber genügend diskutieren zu können, wobei Brückner be- merkt, daß die Verwaltungspersonen dazu hätten Stellung nehmen müssen, da das Amt des Kassierers damit verbunden sei und daher die gemachten Vor- schläge.

Zu der Kandidatenfrage sprachen Retzlag, Dor- finger, Klar, Wilhelm, Krause, Jahn, Frau Kschemin. Gewählt wurde Bytomski mit 200 Stimmen, Lemser erhielt 55, Schiffe 9.

Die Versammlung setzte das Gehalt fest auf 1800 Mk. Dem Vermittler steht ein achttägiger Sommerurlaub zu und es ist eine gegenseitige vier- teltägige Kündigung vorgesehen.

Verschiedene Anfragen, ob die bei Lederwaren- oder Altbumbfabrikanten, sowie in Druckereien be- schäftigten vermittelt werden können, beantwortet Brückner dahin, daß die Freie Vereinigung der Lederwarenfabrikanten es abgelehnt hat, mit dem Verband zu verhandeln; die anderen Kategorien mit heranzuziehen, wird Aufgabe des Kuratoriums sein, da wir nach Möglichkeit unseren Wirkungs- kreis zu vergrößern trachten. Er ersucht darauf, in das Kuratorium Kollegen zu wählen, welche in der Organisation tätig sind und Bescheid wissen.

Lenz möchte hierin alle Branchen vertreten sehen; es sollten nicht immer die an der Spitze stehenden sein. Klar legt keinen Wert auf Branchenvertretung.

Hierzu sprechen noch Dorfinger, Jahn und Wilhelm.

Gewählt werden in das Kuratorium: Brückner, Bergmann, Jost, Frau Kschemin und Albert Hoff- mann, als Stellvertreter Wäßler, Schade, Schiffe, Friederici und Haberstroh.

Berichtigung: In der Generalversammlung, welche eine Gehaltsaufbesserung Bergmanns be- schloß, hat Kollege Sartorio nicht für dieselbe ge- sprochen; er schreibt das Anwachsen der Mitglieder- zahl den Bemühungen der Vertrauensleute zu.

Berlin. Am Sonntag den 8. März, vormittags 11 Uhr, fand eine außerordentliche Generalversam- mlung der Mitglieder der Zentralkranken- kasse statt. Der Vorsitzende P. Schneider eröffnet die Versammlung mit dem Hinweis auf die Wichtig- keit der zur Beratung stehenden, die Verschmelzung der Krankenkasse mit dem Buchbinderverband be- treffenden Tagesordnung. Vor Eintritt in dieselbe wurde ein Bureau gewählt, welches die Stimmzettel der Versammlungsbesucher, die den Schluß der Diskussion nicht abwarten wollen, während der- selben in Empfang nimmt. Kollege P. Schneider, welcher das Referat übernahm, führte aus: Vor allem hätten wir uns die Frage zu beantworten: Ist eine Verschmelzung mit dem Buchbinderverband möglich? Die Antwort darauf lautet: Nein! und zwar aus folgenden Gründen: Die Zentralkranken- kasse kann sich wohl mit einer anderen „freien Hilfskasse“ verschmelzen, aber nicht mit dem Ver- band. Die freien Hilfskassen besitzen die Rechte juristischer Personen, die Gewerkschaften haben diese leider noch nicht. Somit würden die Mitglieder klagbare Rechte verlieren, die ihnen der Verband

nicht garantieren kann, abgesehen von der Unausführbarkeit der Verschmelzung überhaupt. Die Kasse müßte liquidieren, während der Liquidationszeit ruht die Beitragsentrichtung, die Kasse hat aber noch 30 Wochen nach Eintritt in die Liquidation all die statutengemäßen Ansprüche zu erfüllen, dann bleibt nicht viel von dem Kassenvermögen übrig. Über das Verbleibende verfügt dann eine Generalversammlung. Sodann ist noch in Erwägung zu ziehen, daß ein großer Teil unserer Mitglieder in andere Berufe übergetreten ist, deren wirtschaftliches Interesse andere Organisationen vertreten. Ein anderer Teil ist über 40 Jahre alt und würde der heute so notwendigen Doppelversicherung verlustig gehen, welche der Verband in dem Maße zu erfassen nicht in der Lage ist. Der Einführung von Krankenzuschuß im Verband stehe die Zentralkrankenkasse und auch die Mitglieder derselben, welche zugleich Verbandsmitglieder sind, nicht im Wege. Auch hat eine am 22. Februar in Leipzig von 800 Mitgliedern unserer Kasse besuchte Hauptversammlung gegen 3 Stimmen beschlossen, eine Auflösung nicht anzustreben, und die übrigen Verwaltungen aufgefordert, gleichfalls zu der Verschmelzung Stellung zu nehmen. In der Diskussion sprach Bytomski für Verschmelzung, aus derselben einen Aufschwung des Verbandes und eine größere Stabilität erhoffend; im gleichen Sinne sprach Regel. B. Schneider ging auf einige Ausführungen Bytomski's, die Zentralisierung der Ortsklassen betreffend, ein, hervorhebend die leistungsfähige Ortsklasse, die die Leipziger Ortskrankenkasse ist, aber auch nur dadurch, daß dort neben derselben nicht so viele Ortsklassen existieren wie in Berlin. Des weiteren haben die freien Hilfsklassen sich auch noch nicht überlebt, dies beweist die eingebrachte Krankenversicherungsnovelle, welche die freien Hilfsklassen ungehorsam lasse. Nachdem der Vorsitzende des noch schwebenden Apothekenboykotts und der eingerichteten Sammelstellen Erwähnung getan, wurde das durch ein zweites Abstimmungs-Bureau beschleunigte Resultat bekannt gegeben. An der Abstimmung beteiligten sich 771 Mitglieder, davon stimmten mit Nein 650 Mitglieder, mit Ja, also für die Verschmelzung, 19 Mitglieder, 2 Stimmen waren ungültig. Nach einem Appell an die Anwesenden, die Versammlungen stets so zahlreich zu besuchen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Hannover. In der Mitgliederversammlung vom 21. Februar hielt Buchdrucker Fritsche einen Vortrag über den Wert der Konsumvereine. Ein Vortrag über dieses Thema war schon deshalb sehr angebracht, weil sich die Arbeiterschaft am hiesigen Orte viel zu wenig für diese Sache interessiert, im Vergleich zu der vieler anderer Städte. Herr Fritsche besprach den Hauptzweck der Konsumvereine, der darin besteht, den Mitgliedern gute Waren zu möglichst billigem Preise zu liefern. Wenn nun ein dazwischenliegender Verein eine große Mitgliederzahl besitzt, und die Mitglieder ihren Warenbedarf von ihm beziehen, so kann derselbe mit den Produzenten der Waren günstige Lieferungsabschlüsse erzielen. Durch die Ausschneidung des Zwischenhandels und die durch große Abnahme erlangten günstigen Einkaufsbedingungen kann der Konsumverein seine Aufgabe erfüllen. Verschiedene Vereine haben schon eigene Betriebe, zum Beispiel Dampfbäckereien und Wurstfabriken errichtet. Was Genossenschaften in dieser Weise erreichen können, kann man an den englischen sehen, welche bedeutend weiter entwickelt sind als die deutschen, und über 30 000 Arbeiter in ihren Fabriken beschäftigen. Wenn in einem Konsumverein Überschüsse erzielt werden, so kommen dieselben den Mitgliedern in den Dividenden zu gute. Bei dem Rabattmarkensystem, welches sich in vielen Städten eingebürgert hat, speziell bei den Kleinkaufleuten, muß der Rabatt durch höhere Preise, knappen Gewicht und durch liefern schlechterer Waren wieder herausgeschlagen werden. Ebenso werden die Konsumenten öfter in den sogenannten billigen Geschäften durch niedrige Preise angelockt; nachher bei eingehender Prüfung sehen sie, daß man, um reelle Waren zu erhalten, auch den entsprechenden Preis bezahlen muß.

Der Vortrag wurde von der mäßig besuchten Versammlung sehr beifällig aufgenommen. Der Vorsitzende bedauerte mit Recht, daß zu diesem Vortrag sich nicht mehr verheiratete Kollegen ein-

gefunden hatten, für die dies Thema besonders interessant gewesen wäre.

Nachdem wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt.

Samburg. Berichtigungen zu den letzten Versammlungsberichten. Im zweiten Absatz der Versammlung vom 31. Januar muß es heißen: Es wurden gewählt als Schriftführer: Krohn, Arbeitsnachweis: Dostal, Revisoren: Müller-Niemann, Wagner, Borst, Berndt, als Beisitzer: Bartl, Winkler, Rolle. — In Absatz 2 der Versammlung vom 14. Februar muß es heißen: Antragsteller, betreffs Erhöhung der lokalen Unterstützung an weibliche Mitglieder: Gundt. Den Kartellbericht gaben die Kollegen G. Schmidt und W. Berndt.

Rundschau.

* Der paritätische Arbeitsnachweis in Berlin ist für unser Gewerbe nunmehr zur Einführung gelangt. Einige kleine Prinzipalvereinigungen, die heute dem Unternehmen noch fernstehen, werden hoffentlich in nächster Zeit ihren Anschluß vollziehen, wie auch zu erwarten ist, daß einige unserer Kollegen ihren Widerwillen gegen die Neueinrichtung fallen lassen, um so die Arbeitsvermittlung zu einer Einheitlichkeit zu gestalten, die nur vorteilhaft für beide Parteien sein kann. Von Bedeutung ist, daß im Entwurf zum Reglement zwei Hauptbedingungen, die im Interesse unserer Tarifgemeinschaft gelegen sind, erfüllt werden, nämlich: daß nur zu Tariflöhnen Arbeit vermittelt wird und daß die Arbeitgeber sich verpflichten, auf keine andere Weise als durch den Nachweis Arbeitskräfte einzustellen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist hierbei, daß die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, die in den Räumen des Arbeitsnachweises erfolgen wird, einen agitatorischen Wert für uns hat. Wenn unseren Verbandsmitgliedern 8, 9, 10 Mt. oder noch mehr an Unterstützung verabsolgt wird, so wird den neben ihnen stehenden Unorganisierten der Vorteil der Organisation ad oculos vorgeführt. Von untergeordneter Bedeutung ist, daß die Arbeitsvermittlung für Verbandsmitglieder unentgeltlich ist, während Unorganisierte 20 Pf. Einschreibegeld zu zahlen haben. Von besonderer Wichtigkeit ist hingegen wieder, daß wir nicht in einen Kampf um die Arbeitsvermittlung getrieben werden können, der die Gefahr in sich birgt, die Kräfte auf beiden Seiten für eine verhältnismäßig nicht sehr bedeutsame Sache aufzureiben und die Unnahbarkeit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu verschärfen. Der paritätische Nachweis wird voraussichtlich auch bald die jetzt noch vorhandenen Zweifler durch seine Vorteile überzeugen. Den Berlinern gehört ob dieser Schöpfung gewiß ein Bravo! — Näheres finden unsere Leser im heutigen Berliner Versammlungsbericht.

* Gegen den Vorwurf, den wir in vorvoriger Nummer gegen einige unserer Kollegen erhoben, die, wenn sie politische Redakteure geworden sind, sich von der Gewerkschaftsbewegung und unserem Verbandsverbande wanden, verteidigt sich nunmehr auch — und zwar sehr unnötigerweise — der Kollege Rob. Albert in Magdeburg. Er bezeichnet unsere Notiz als böshaft und meint, er sei hier und da in den Verdacht gekommen, daß sie auch gegen ihn gerichtet gewesen sei; er teilt uns mit, daß er seit 1894 ununterbrochen Mitglied unseres Verbandes ist. Daß er in unserer Zeitung nicht mehr zum Worte komme, liege an der Arbeitsüberhäufung, mit der er belastet sei. An allen Vorgängen innerhalb unseres Verbandes nähme er stets regen Anteil.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir mit dieser Notiz Kollegen Albert nicht treffen wollten, er kann bei denen, die unsere Zeitung lesen, auch gar nicht in den Verdacht der Abtrünnigkeit kommen, denn abgesehen davon, daß er erst vor noch nicht Jahresfrist als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß kandidieren konnte — was doch eine Verbandszugehörigkeit voraussetzt — lieft man auch sonst von seiner agitatorischen Tätigkeit in einigen unserer Verwaltungsstellen. Natürlich wird an unserer „böshafte“ Notiz damit nicht gerüttelt; wir glauben, Kollege Albert kennt auch die Pappenhäuser, die wir kennen und denen unsere Notiz galt und heute noch gilt.

* Volksbibliotheken auf Eisenbahnen. Aus Kopenhagen wird geschrieben: Die hiesige Eisenbahndirektion beabsichtigt, die Wagen dritter Klasse mit nützlichen und belehrenden Büchern zu versehen, die unentgeltlich zur Verfügung der Reisenden stehen sollen. In Schweden hat sich auf mehreren Eisenbahnlinien eine ähnliche Sitte schon lange eingebürgert. Dort werden nicht nur belehrende Bücher, sondern auch poetische Werke wie die Frithjofsage u. s. w. zur Verfügung der Reisenden dritter Klasse gestellt. Auch werden die Bücher häufig erneuert.

* Die Tarifverhandlungen im Berliner Steinhauergewerbe sind gescheitert. Die Meister beharren auf den angeforderten Herabsetzungen der Arbeitspreise. Die Gehilfen beschloßen, die Innungsvorlage unter scharfem Protest abzulehnen, gegenwärtig aber in Anbetracht der schlechten Arbeitsgelegenheit von einem Streik abzusehen und die geeignete Zeit zur Durchführung ihrer Wünsche abzuwarten.

* In Holland haben sich gegenwärtig Zustände entwickelt, auf die kultivierte Welt mit einiger Spannung blickt. Nach dem durch Generalstreik errungenen Siege der Hafen- und Handelsarbeiter Hollands, der nur durch das einmütige solidarische Verhalten der Eisenbahnarbeiter möglich wurde, hat nun die Regierung einen Gesetzesentwurf eingebracht, die die in Deutschland seinerzeit projektierte Zuchthausvorlage weit in Schatten stellt. In das Strafgesetzbuch sollen einige neue Artikel eingeführt werden. Der § 284 soll dahin ausgebeugt werden, daß mit drei Monaten Gefängnis schon derjenige bestraft werden soll, der andere durch „Belästigung“ oder „Hinderung“ oder durch Mittel, welche ihm Angst verursachen, zwingt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden. Wenn zwei oder mehrere Personen solches tun, soll Strafe bis zu sechs Monaten eintreten. Ein neuer Paragraph bestimmt, daß Beamte oder im öffentlichen Dienste oder im Eisenbahndienst stehende Personen, welche, um den Dienst oder den Verkehr zu hemmen, den Dienst verweigern, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden sollen. Wenn sich mehrere Personen zu dem Zwecke vereinigen, soll Gefängnis bis zu vier Jahren und, wenn es gelingt, die Verkehrsstockung herbeizuführen, bis zu sechs Jahren eintreten. „Führer“ oder „Anstifter“ sollen stets mitbestraft werden, auch wenn sie am Streik gar nicht teilgenommen haben. Bei allen Verurteilungen dieser Art soll der Richter auch auf Abtrennung der bürgerlichen Ehrenrechte und damit des aktiven und passiven Wahlrechtes erkennen können.

Mit Hilfe der Liberalen und bürgerlichen Radikalen könnte es den Sozialisten gelingen, die Pläne der Regierung und Ultramontanen zu schanden zu machen; auch die christlichen Gewerkschaftler wenden sich energisch gegen dieses Ausnahmegesetz. Die Regierung aber beabsichtigt brutale Gewaltmaßnahmen, sie ruft die Reserven zu den Waffen und mobilisiert die gesamte militärische Streitmacht. Die Arbeiter haben unter der Leitung ihrer Führer Verteidigungskomitees gebildet und appellieren in Flugschriften an die Milizen. Auf den Ausgang dieser sozialen Revolution darf man gespannt sein.

Briefkasten.

G. R. in B. Von der Berichtigung kann ich keine Notiz nehmen, habe dieselbe dem Bevollmächtigten überwiesen.

G. D. in F. Trösten Sie sich: Des Lebens ungemächste Freude etc. Trozdem aktuell und interessant und erfüllt immer noch seinen Zweck.

G. F. in G. Bitte zukünftig mehr Zwischenraum zwischen den Zeilen zu lassen, ich kann keine Korrekturen machen und muß den ganzen Bericht umschreiben.

G. G. in H. Wie man eine Nummer, die das Adressenverzeichnis enthält, als zur Agitation geeignet betrachten kann, bleibt mir immer noch unverständlich.

G. G. in D. Nehmen Sie bitte nicht so starkes Papier, mußte 20 Pf. Strafporto zahlen.

H. R. in E. Druckfehler gehen diesmal nicht auf unser Konto; der Bericht war bekanntlich in Ermangelung eines von H. gesandten, aber dennoch veröffentlicht verlangten dem „Echo“ entnommen.

H. B. in L. Dem Feuilleton ermanget doch in der Gesamtfassung der Stil, die notwendige harmonische Zusammenstellung und der interessante Erzählerton für eine Reisebilderung; daher keine Verwendung.

S. 3. in S. Werde sehen, was sich in nächster Nummer damit anfangen läßt.

Nach Forst. Besten Dank für Zusendung; wie ersichtlich, bereits in ausführlicherer Form Notiz davon genommen.

Zurückgestellt: Abrechnung der Verbandskasse und Jahresbericht des Gau's 12.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieh' Verlag) ist uns Nr. 6 des 13. Jahrganges zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Berlin.

An alle in Buchbindereien und Buchdruckereien etc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Kolleginnen und Kollegen!

In letzter Zeit ist in einigen Betrieben Berlins der Versuch gemacht worden, die dort Beschäftigten durch Namensunterschrift zu veranlassen, auch nach Ablauf des jetzigen Tarifs bestimmte Arbeiten nach den schon jetzt kalkulierten oder bestehenden Preisen herzustellen. Da durch diese Manipulationen später der Tariffurchbruchung Tür und Tor geöffnet würde, so warnen wir Euch, irgend welche mündlichen oder schriftlichen Abmachungen zu treffen, sondern sich fest an den jetzt bestehenden oder eventuell an den später festzulegenden Tarif zu halten und alle anderen Angebote abzulehnen.

Sämtliche Arbeiten sind nach dem zur Zeit der Herstellung der Arbeit bestehenden Tarif zu berechnen!

Sollten sich die Zumutungen betr. mündliche oder schriftliche Abmachungen wiederholen, so sind dieselben sofort auf unserem Bureau, Engel-Nfer 15 II, zu melden.

Die Tariskommission der Buchbinder Berlins.

Gau VI.

Sonntag, 12. April 1903 (erster Osterfeiertag), morgens 11 1/2 Uhr, findet in Lübeck, „Vereinshaus“, Johannisstr. 52, ein **Gautag** statt mit folgender Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Gauvorstandes, der Zahlstellen und der Einzelmitglieder.
2. Agitation im Gau.
3. Einführung der Krankenunterstützung im Verband.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Etwaige Anträge sind bis spätestens 28. März bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Die Delegierten wollen die Zeit ihrer Ankunft dem Kollegen Waldburger in Lübeck, Kleine Gröpelgrube 26, mitteilen. Erkennungszeichen: „Buchbinder-Zeitung“.

Wollzähliges Erscheinen erwartet

Der Gauvorstand.

J. A.: Wilh. Büch.

NB. Einzelmitglieder können auf ihre Kosten mit beratender Stimme teilnehmen.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau XII. Kollege O. Kreyßmar, Leipzig-Neuditz, Gemeindefraße 46 III führt noch bis 31. März die Geschäfte des Gau's.

Gau XVII. Bayerische Regierungsbezirke Niederbayern, Oberbayern und Schwaben.

Gauvorort München: H. Schumacher, München, Dachauerstr. 118 III. (Vertrauensmann für Freising: Aug. Klaus, Gasth. „Zum Hirschen“, Ml. 16 Nr., Az. 9-10 St.; für Landshut: Max Thum, Mühlentf. 8 p., Ml. 17 Nr., Az. 9-10 St.; für Passau: Gg. Mayer, Wieschnurstr. 225 1/2; für Straubing: P. Walthazar, Buchbinder Hirschenberger, Aprilgasse; für Donauesching: B. Gausfekter, Reichsstr. 842, Ml. 17 Nr., Az. 9 St.)

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Hamburg. A. Restaurant „Karlsburg“, am Fischmarkt. D. Dostál; von 1-2 und 7-8 Uhr. L. U. Ml. 24 Nr. Az. 9 St.

H. Gast- und Logierhaus „Zum Oesterreichischen Haus“ von G. Frant, Caffamacherreihe 12.

München. Z. A. H. Dittich, Schwantbalerstr. 44/0; Wertags 8-7 1/2 Uhr, Sonntags von 10-1 Uhr. Unterstützung wird nur von 12-1 1/2 und von 6-7 1/2 Uhr, Sonntags von 12-1 Uhr mittags ausgezahlt. L. U. Ml. 21 Nr. Az. 9 St.

H. Simprunstr. 5, direkt hint. dem Löwenbräukeller. Pforzheim. Hier selbst besteht zur Zeit keine Herberge.

Anzeigenteil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 139] [1.60

Verwaltungsstelle Altona.
Am 8. März verstarb plötzlich unser Mitglied
Ernst König
aus Reichenberg i. S., 25 Jahre alt.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, spätestens bis Samstag Abend ihre

Mitgliedsbücher zur Kontrolle

abzugeben.

Rückständige Beiträge sind umgehend zu bezahlen.

Der Vorstand. 148]

Für die Idiotenanstalt zu Liegnitz wird zum 1. April 140] [4.00

ein Pfleger,

welcher das Buchbinderhandwerk erlernt hat, gesucht. Gehalt steigt in drei Dienstjahren von 360 bis 420 Mk., außerdem freie Station, Dienstanzug und 20 Mk. Weisnachten. Selbstgeschriebene Gesuche von unverheirateten, gesunden, unbescholtenen und soliden Bewerbern, im Alter von 20 bis 30 Jahren, sind an den Direktor Glamann zu richten.

Der Vorstand der Idiotenanstalt.

Zahlstelle Hannover. * Neue Graph. Liedertafel.
Sonnabend den 21. März
im Neuen Hannoverischen Festsaal (Eingang am Marshall)
bestehend in

Stiftungs-Fest Unterhaltung
und Ball.

Anfang 8 Uhr. — Eintritt 20 Pf. 146] [4.00

Einen zahlreichen Besuch erwartet
NB. Karten sind bei sämtlichen Vertrauensleuten zu haben.
Der Vorstand.

Fachausstellung

für die gesamte Papier-Industrie. Reichhaltiges Lager in neuen und gebrauchten Maschinen. Bei Barzahlung höchsten Rabatt, bei Ratenzahlungen konstanteste Bedingungen.

Schmiedchen & Johannsen, Berlin O., Markusstr. 50.

Kleine Kartonnagenfabrik

mit guter Kundschaft ist krankheitsb. mögl. bald zu verkaufen. Erford. Kapital 3-4000 Mk. ev. weniger. Das Geschäft ist sehr rentabel und kann vergrößert werden. 141.] [1.40 L. Wilharm, Gamsen a. d. Weser.

Werkzeug ist Werkzeug

glaubte ich früher, als ich die von F. Klement-Weipzig gefertigten noch nicht kannte. 142] [1.00

Einrichtungen für Laden und Werkstatt liefert seit über

40

Jahren zu billigsten Preisen und günstigen Bedingungen

O. Th. Winckler
Leipzig

Abt. A: Papier- und Lederwaren
Abt. B: Buchbinderebedarf
Abt. C: Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder

Kataloge, Kostenanschläge u. s. w. sehr gern zu Diensten!

143]

Achtung! Achtung!

Überall wird gegenwärtig Klage geführt, daß durch die modernen Spezialbiere der Preis höher und die Gläser kleiner werden.

Im Restaurant „Zum Bienenkorb“

Stuttgart, Weberstr. 1, [3.00

bei **Wilhelm Weller,**

finden Sie eine solche Klage nicht, denn dort trinkt man ein Bier (1/10 zu 10 Pf.) aus der Brauerei Dinkelacker in Böblingen, das den Spezialbieren gleichkommt.

Sonntag gibt's **Kalbshaxen pro Portion 50 Pf.**

Empfehle mein neueröffnetes, gut ventiliertes

„Kaffee-Haus“,
Oranienstr. 144, am Moritzplatz.
Kaffee 10 und 15 Pf.
Schultheiß-Versand und Märzen à Gl. 10 Pf.
Billard (Kerlau-Bande) à Stunde 40 Pf.
Große Auswahl politischer Tageszeitungen, moderner Zeitschriften, Journale und Witzblätter.

Hochachtungsvoll [2.00
H. Schurig.

145]

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 4. Quartals 1902.

149]

[29.70

Main financial table with columns: Einnahmen, Ausgaben, An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt, Reiblin und ärztliche Bezahlung, Vorhandene Fonds. Includes sub-sections for An Ueberhörsen, An Zinsen, An Zuschlagsmarken, and Bilanz.